

GÖTTINGER BLÄTTER

09.2019

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

Antikriegstag 2019:

► Göttinger Friedensforum* ruft auf zur Kundgebung

am 31.8.2019 von 11.00 bis 13.00 Uhr
am Nabel, Göttingen

Veranstaltungen zum Thema:

So., 1. September:

1. September 1939 – 1. September 2019 – Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus

Mit: David Rojkowski, Mitarbeit an der Konzeption „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“

11.00 Uhr – 15.00 Uhr, Holbornsches Haus, Rote Str. 34

Veranstalter: Rosa Luxemburg Club Göttingen, Geschichtswerkstatt Duderstadt und die Gruppe Linke-Piraten-Partei+ im Kreistag Göttingen

Di., 3. September

„Meinst Du, die Russen wollen Krieg?“

Mit: Rainer Butenschön vom Friedensbüro Hannover

20:00 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismarstraße 72 - 73

Veranstalter: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Kreis Göttingen

Do., 5. September

Aufrüstung zur Kriegsmacht Deutschland, eine Anleitung gegen den Krieg

mit Henrik Paulitz Leiter der Akademie Bergstraße für Ressourcen-, Demokratie- und Friedensforschung

19.00 Uhr, Emmi Nöther Saal der Uni Göttingen, Wilhelmsplatz

Veranstalter: IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.) Gruppe Göttingen

Mo., 9. September

„Iran-Konflikt – Wie lässt sich ein Krieg noch vermeiden?“

Mit Andres Zumach

19.00 Uhr, im großen Saal der Reformierten Gemeinde, Obere Karspüle 11

Veranstalter Göttinger Friedensforum

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2019.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Göttinger Friedensforum	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. im Kreistag	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Rotes Zentrum e.V.	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Fridays For Future	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 10.2019
ist der 20. September.
Auslieferung am 26. September.

FRIEDENS
Forum
ZEITSCHRIFT DER FRIEDENSBEWEGUNG



Jemen, Saudi-Arabien & Iran

4/2018

Zeitschrift der Friedensbewegung
Juli/August 2018
31. Jahrgang
€ 4,50
G 9016

www.friedenskooperative.de/friedensforum

► Rüstungsexporte
► Prozesse gegen Friedensaktivistinnen
► Atomwaffen

Kostenloses Probeexemplar:

<https://www.friedenskooperative.de/shop/die-aktuellen-ausgabe-als-kostenfreies-probeexemplar>



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Wieder in Verruf geraten

VVN-BdA-Bundesvereinigung soll die Gemeinnützigkeit entzogen werden

von Cornelia Kerth, Bundesvorsitzender VVN-BdA, 09.08.2019

Hans-Georg Maaßen konnte als Chef des deutschen Inlandsgeheimdienst keine Menschenjagden in Chemnitz erkennen, dafür entdeckte er Linksextremisten in der SPD während er der AfD Tipps gab, wie sie einer Beobachtung durch seine Behörde entgehen könne. Der Mann konnte vom zuständigen Minister Seehofer nicht gehalten werden und musste gehen. Sein Geist aber blieb.

Am 17. Mai hat der bayrische Innenminister wieder einmal einen Bericht vorgestellt, in dem über die VVN-BdA der übliche Unsinn zu lesen ist: »Die VVN-BdA ist die bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus. Sie arbeitet mit offen linksextremistischen Kräften zusammen. In der VVN-BdA wird nach wie vor ein kommunistisch orientierter Antifaschismus verfolgt. Diese Form des Antifaschismus dient nicht nur dem Kampf gegen den Rechtsextremismus. Vielmehr werden alle nicht marxistischen Systeme – also auch die parlamentarische Demokratie – als potenziell faschistisch, zumindest aber als eine Vorstufe zum Faschismus betrachtet, die es zu bekämpfen gilt.«

Es folgen die Mitteilung, der DKP-Vorsitzende habe die VVN-BdA als wichtigste Bündnis-Organisation bezeichnet sowie Informationen über die juristische Auseinandersetzung, die die Landesvereinigung Bayern vorläufig verloren hat.

Bereits einen Tag zuvor hatte die Bundesvereinigung Post vom Finanzamt für Körperschaften Berlin 1 erhalten. Darin die Mitteilung, unter Berufung auf die »Verrufserklärung« im bayerischen VS-Bericht, beabsichtige man, uns die Gemeinnützigkeit für die zurückliegenden drei Jahre zu versagen.

Da Rechtsanwalt Eberhard Reinecke in gleicher Angelegenheit bereits 2012 die Kamerad*innen in Rheinland-Pfalz erfolgreich vertreten hat und derzeit auch gegenüber den Finanzämtern in NRW tätig ist, haben wir ihm sofort auch das Mandat für die Bundesvereinigung erteilt und er hat dem Finanzamt mitgeteilt, dass:

- die VVN-BdA auch im bayerischen VS-Bericht nicht als »extremistisch« eingestuft wird, was die juristische Grundlage für die Aberkennung der Gemeinnützigkeit wäre, sondern als »extremistisch beeinflusst«, was dies eben nicht begründet
- der bayrische VS nicht für die Bundesvereinigung zuständig ist und
- wer den Bezug auf den Schwur von Buchenwald für einen Beleg dafür hält, dass »in der VVN-BdA wird nach wie vor ein kommunistisch orientierter Antifaschismus verfolgt« werde, offenbar Geschichtsunterricht bei Herrn Höcke genommen habe.

Ebenso führte er aus, dass offensichtlich Antifaschismus insgesamt durch die Formulierung »kommunistisch orientierter Antifaschismus« diskreditiert werden solle und verweist auf den Blutzoll, den Kommunistinnen und Kommunisten für ihren großen Anteil am antifaschistischen Widerstand entrichtet haben.

Ganz zentral ist auch der Hinweis auf die Ausführungen des bayrischen Verwaltungsgerichtshof im Urteil gegen die Klage der VVN-BdA: »Die Aussage, die Klägerin sei maßgeblich von linksextremistisch eingestellten Personen – insbesondere solchen mit der DKP-Mitgliedschaft – beeinflusst, ist keine eines Nachweises zugängliche Tatsachenbehauptung, sondern

eine von der Behörde im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung nach Vorliegen bestimmter Tatsachen gestützte Anhaltspunkte vorgenommene Bewertung.«

Alles in allem macht die Argumentation von RA Reinecke nicht nur deutlich, dass der Entzug der Gemeinnützigkeit keine rechtlich haltbare Grundlage hat, sondern auch, dass die regelmäßigen Berichte des VS Auskunft über Bewertungen durch den Geheimdienst, nicht aber über Tatsachen gibt. Damit verraten diese Veröffentlichungen deutlich mehr über ihre Urheber als über die von ihnen Beobachteten und Diskreditierten.

Da wir auch in der Zukunft mit weiteren Angriffen auf Bundes-, Landes- und – wo es sich um eigenständige eingetragene Vereine handelt – auf Kreisebene rechnen müssen, laden wir alle Landesvereinigungen zu einer Strategieberatung mit unseren Anwalt*innen und einem Vertreter der »Allianz Rechtssicherheit«. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Beratung wollen wir noch in diesem Jahr zu einem Parlamentariergespräch einladen. Dort muss es sowohl um die Frage der Gemeinnützigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements als auch um das Ende der regelmäßigen »Verrufserklärungen« durch den Inlandsgeheimdienst gehen – am besten durch dessen Abschaffung! Die zunehmende Radikalisierung und Militanz der extremen Rechten in Deutschland erfordert Widerstand. Dass dieser nicht von der Behörde mit dem schönfärberischen Namen »Verfassungsschutz« zu erwarten ist, wurde im Fall des Mörders von Walter Lübcke deutlich.

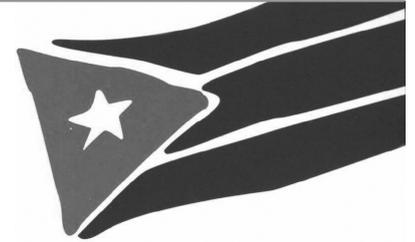
Widerstand gegen die Rechtsentwicklung im Land, gegen militante Nazis, gegen die AfD, aber auch gegen alle, die sie verharmlosen und ihr politisch entgegenkommen, indem sie rechte Forderungen zum Teil ihres eigenen Programms machen, kommt von den mobilisierenden Teilen der Zivilgesellschaft. Deren Arbeit nicht zu behindern, sondern zu fördern, muss mit Nachdruck gefordert werden.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

10. September um 20.00 Uhr im Berliner Hof



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Preise für DSL-Anschlüsse auf Kuba halbiert

Von Marcel Kunzmann, amerika 21

Seit Ende 2017 wurden auf Kuba rund 87.000 private DSL-Anschlüsse verlegt. Inzwischen dürfen die Nutzer ihre Netzwerke auch für die Nachbarschaft öffnen. Quelle: escambray

Havanna. Der Internetzugang von zu Hause aus ist seit dem 1. August auf Kuba deutlich billiger. Dies gab das staatliche kubanische Unternehmen für Telekommunikation (Etecsa) bekannt. Nach Ablauf des inkludierten Surfpakets kostet die Stunde für private

DSL-Anschlüsse jetzt noch 0,50 konvertible Pesos (rund 45 Eurocent), statt wie bisher einen CUC. Zudem kann die Leitung inzwischen auch drahtlos mit der Nachbarschaft geteilt werden.

Seit im Herbst 2017 mit „Nauta hogar“ auf Kuba das Zeitalter der Internetnutzung in den eigenen vier Wänden eingeläutet wurde, verfügen inzwischen die ersten 87.000 Familien über Internet „en casa“. Noch immer sind jedoch die Gegenden abseits der Ballungszentren unterversorgt, da



dort meist keine Glasfaserkabel verlegt sind. Um den bisher eher schleppenden Ausbau privater DSL-Anschlüsse zu beschleunigen, dürfen Nutzer des Dienstes seit Ende Juli ihren Anschluss per Kabel oder WiFi mit der Nachbarschaft teilen.

► #Habana500 – Fotowettbewerb

Die Botschaft der Republik Kuba in Deutschland und ihre Außenstelle in Bonn kündigen den #Habana500-Fotowettbewerb in Ehrung der Gründung der Villa San Cristobal de La Habana an. Die wunderschöne Stadt Havanna wird am 16. November 2019 ihre 500. Gründungstag erleben.

Havanna ist eine unvergleichbare Stadt, wo das Alte und das Moderne zusammenkommen. 1982 wurde sie Weltkulturerbe. Die Hauptstadt der Kubaner besitzt nicht nur eine lange Geschichte und eine strate-

gische Lage, sondern auch eine besondere Zauberkraft, die durch die Architekturvielfalt, ihre ethnische und religiöse Mischung und die Freude und die Jovialität ihrer Einwohner ausgelöst wird.

Wir laden Sie ein, teilzunehmen und Ihre Fotos der #Habana500 zu senden!

► **Thema:** 500 Jahre der Gründung der Villa San Cristobal de La Habana

► **Abgabefrist:** 15. Oktober 2019

Auszeichnung: Die 20 besten Fotos werden in der Halle der Konsularabteilungen

Berlin und Bonn ausgestellt. Der erste Preisträger wird einen Korb voll einheimischer Geschenke erhalten, damit er/sie das Havanna-Gefühl erleben kann.

► **Veranstalter:** EmbaCuba Alemania, Außenstelle der Botschaft der Republik Kuba in Bonn

► **Schirmherrschaft:** NetzwerkCuba, CubaSi, DGPCI...HabanaClub, 5ta Avenida, Tropicana Touristik...ArteKunst,

► **Teilnahmebedingungen** etc sind auf der Seite des netzwerk cuba zu finden:

<http://www.netzwerk-cuba.de/2019/07/habana500-fotowettbewerb/>

► „Die Geschichte wird mich freisprechen“

CD »Rolf Becker liest Fidel Castro« ist erschienen. Volker Hermsdorf

»Bald werde ich neunzig Jahre alt sein, das hätte ich nie gedacht, es geschieht nicht als Ergebnis einer Anstrengung, es ist reiner Zufall.«

Fidel Castro Ruz sprach mit ruhiger Stimme. Seine Augen waren wach und klar, sein Verstand und die Erinnerung ungetrübt, doch der Körper von Alter und Krankheit gezeichnet. Eintausend Delegierte des VII. Parteitags der Kommunistischen Partei Kubas hingen am 19. April 2016 im Kon-

gresspalast von Havanna an seinen Lippen. Es war still im Saal. Mit angehaltenem Atem hörten sie Fidel Castro zu, als er einige Stationen seines bewegten Lebens aufzählte.

»Vielleicht ist es das letzte Mal, dass ich in diesem Saal spreche«, sagte er zum Schluss und endete mit den Sätzen: »Bald wird es mir ergehen, wie allen anderen. Alle kommen wir an die Reihe, aber die Ideen der kubanischen Kommunisten bleiben.« Die Menschen im Saal erhoben sich, ihm

und des Gesagten zu Ehren. Es war Fidel Castros letzte Rede.

Am 25. November 2016 starb der historische Anführer der Kubanischen Revolution.

Vorgetragen von Rolf Becker werden wir gleich eine Rede hören, die zwar nicht die erste des späteren Comandante en Jefe war, dafür aber zu seiner wohl berühmtesten wurde. Doch zuvor – zum besseren Verständnis – einige Informationen über Zeit und Umstände, in denen diese Rede entstand.

https://www.jungewelt-shop.de/cd_castro_geschichtefrei



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

Aufruf des Göttinger Friedensforum

▶ Kein Krieg gegen den Iran!

Verhandeln statt militärisch eskalieren

Angesichts des Konflikts zwischen den USA und dem Iran ist es unerlässlich, einen klaren Kopf zu behalten!

Angesichts dieses Konflikts ist es unerlässlich, sich die Entstehungsgeschichte des Konflikts zu verdeutlichen!

Angesichts eines drohenden Kriegs zwischen USA und Iran ist es unerlässlich, sich um zivile Konfliktlösungsmöglichkeiten zu bemühen!

Das Atomabkommen hat nicht der Iran gebrochen. Im Gegenteil, der Iran hat laut den Aussagen der Internationalen Kontrolleure alle Forderungen des Abkommens seinerseits eingehalten.

Grundlos gekündigt haben die USA das Abkommen, das von der UNO abgesegnet wurde. Die USA haben damit Völkerrecht gebrochen. Und sie haben widerrechtlich erneut schwere Sanktionen über den Iran verhängt.

Diese unrechtmäßigen Sanktionen bedeuten eine sehr schwere wirtschaftliche Belastung des Iran und vor allem seiner Zivilbevölkerung.

Zudem treiben sie die Menschen im Iran in ihrer Not hinter die Politik der dortigen Hardliner.

Die Lage am Golf ist jetzt eskaliert: Nachdem in einer völkerrechtlich höchst umstrittene Aktion der britischen Marine ein iranischer Öltanker in der Straße von Gibraltar beschlagnahmt wurde, haben die iranischen Revolutionsgarden ihrerseits einen britischen Öltanker in der Straße von Hormus am Persischen Golf festgesetzt.

Diese Eskalation ist brandgefährlich: Durch die Straße von Hormus passieren

per Schiff rund 40% des weltweiten Erdölhandels. Als eine Art Notwehr könnte der Iran versucht sein, diese Meerenge zu sperren. Mit der Entsendung von Kriegsschiffen und Kampffjets in die Region haben die USA die Krise dramatisch verschärft. In dieser kritischen Situation haben sich führende Politiker der CDU/CSU, der FDP und auch der Grünen für eine Entsendung deutscher Kriegsschiffe unter Europäischem Mandat zur Sicherung der Schiffswege ausgesprochen.

Wir vom Göttinger Friedensforum im Verein mit der bundesweiten Friedensbewegung warnen eindringlich vor einem solchen Bundeswehreininsatz – nicht nur aus ethischen, sondern auch aus juristi-

sehen Gründen. Denn deutsche Kriegsschiffe vor der iranischen Küste wären verfassungsrechtlich inakzeptabel, da weder ein Verteidigungsfall (Art. 87a GG) noch ein Mandat der UNO vorliegen.



Mitgliederversammlungen im September

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im **Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag., 03. September, 20:00 Uhr

Glaubst Du, die Russen wollen Krieg?

Mit Rainer Butenschön vom Friedensbündnis Hannover

(s. Ankündigung auf S. 1)

MV Dienstag., 16. Juli, 20:00 Uhr

Bitcoin, facebook-Währung & Co – Wie funktioniert das?

Privatisierung oder Demokratisierung der Währung? Wir erwarten keine endgültigen Klärungen sondern wollen uns gemeinsam dem Thema nähern. Dazu haben sich Freunde, die hier etwas näher dran sind, als Diskussionspartner angesagt.

Nur Verhandlungen im Rahmen der UNO über den schon eskalierten Konflikt eröffnen die Chance, einen Weg zu Kooperation und gemeinsamer Sicherheit zu finden.

Ein Krieg gegen den Iran würde tausende menschliche Opfer kosten. Er würde die gesamte Region des Mittleren und Nahen Ostens ins Chaos stürzen. Ein solcher Krieg hätte auch schwerwiegende Folgen für Europa und den Weltfrieden.

Deshalb gehen wir mit der bundesweiten Friedensbewegung auf die Straße!

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, alles zu tun, um einen Krieg mit Iran zu verhindern!

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, die UNO zur Konfliktlösung anzurufen.

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ SPD und Grüne im Ortsrat Grone lehnen bezahlbaren Wohnraum ab!

Hendrik Falkenberg hatte am 27. Juni im Ortsrat Grone beantragt, dass dieser den Rat der Stadt Göttingen auffordert, den Verkauf des Baugrundstücks Rodeweg/Elmweg (ehemals: „Blaue Hallen“, s. Karte rechts) an einen Investor auszuschießen. Sie solle einer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft ermöglichen, auf dieser Fläche - z.B. in Erbpacht - bezahlbaren Wohnraum zu erstellen. (Wir berichteten in der Ausgabe 7/19 der Göttinger Blätter)

Obwohl z.Zt. all diejenigen, die in den letzten 20 Jahren den öffentlich geförderten Wohnungsbau praktisch abgeschafft haben bzw. öffentliches Eigentum an Immobilien verscheuert haben – nämlich SPD, Grüne und CDU – lamentieren, dass diese Stadt dringend bezahlbaren Wohnraum benötigt, wurde der Antrag schlicht abgelehnt. Wieder mit den Stimmen von SPD, Grünen und CDU!

Diese Unglaublichkeit ließ Bärbel Safieh, Selbst Mieterin bei der ADLER AG und Mitglied des Rates der Stadt, nicht kalt: Sie brachte ihren Vorschlag für einen entsprechenden Antrag an den Rat der

Stadt in ihre Fraktion ein (WählerInnen-gemeinschaft Göttinger Linke), die diesen Vorschlag übernahm und zur Ratssitzung im September einbringt:

Das städtische Grundstück am Rodeweg/Elmweg (ehemalige „Blaue Halle“) wird nicht an einen privaten Investor verkauft, sondern bleibt dauerhaft in städtischem Besitz. Gemeinnützige Wohnungsgesellschaften oder Wohnungsgenossenschaften wird das Grundstück in Erbpacht zur Bebauung mit Reihenhäusern für kinderreiche Familien angeboten. Es soll dort dringend benötigter bezahlbarer Wohnraum entstehen.

Die Begründung für diesen Vorschlag ist eigentlich vollkommen logisch:

Wie allgemein bekannt fehlt in Göttingen bezahlbarer Wohnraum. Die gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften klagen über einen Mangel an günstigem Baugrund. Daher wäre es vollkommen widersinnig, ein städtisches Grundstück wie das o.g. am Rodeweg in private Hände zu verkaufen. Die Göttinger Linke in Grone hat bereits einen Antrag auf Bebauung dieses Grundstückes mit bezahlbarem Wohnraum durch gemeinnützige Gesell-



Bärbel Safieh

schaften gestellt, der vom Ortsrat Grone mehrheitlich am 27.06.2019 abgelehnt wurde.

Die Begründung der Ablehnung bezog sich auf den Bebauungsplan des Grundstückes, der dort Reihenhäuser vorsieht.

Nun ist es durchaus vorstellbar, diesem B-Plan entsprechend Reihenhäuser für kinderreiche Familien zu bauen. So wurden im Jahr 2012 von der „Milde Stiftung“ vier Doppelhaushälften mit Wohnungen für kinderreiche Familien an der Holtenser Landstraße errichtet. Ähnliches ließe sich mit gutem Willen auch auf dem Grundstück in Grone am Rodeweg verwirklichen.

(gs)





DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Feierliche (Neu-)Eröffnung des Roten Zentrums

Samstag, 21. September 2019, 11:00 bis 17:00 Uhr | Erdgeschoss |
Lange-Geismar-Str. 2 | Göttingen

11-14 Uhr: Eröffnung Büro Kreisverband DIE LINKE. Göttingen/Osterode und Ortsverband DIE LINKE. Göttingen

Geladene Gäste: **Victor Perli**, MdB und Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen

Lars Leopold, Landesvorsitzender DIE LINKE. Niedersachsen

DIE LINKE. Göttingen/Osterode und der Ortsverband DIE LINKE. Göttingen freuen sich sehr, nach fast drei Jahren zurück ins Rote Zentrum zu ziehen. Es ist der richtige Platz für die Partei, zusammen mit den vielen linken Gruppen in einem gemeinsamen Haus wieder aktiv zu sein.

Jugendverband [‘solid’]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 04. September, 19.00 Uhr, Neues Rathaus, Raum 1118

Themenschwerpunkt: Schulpolitik in Stadt und Landkreis

1.9.1939 – 1.9.2019

Gedenkveranstaltung Zwangsarbeit im zweiten Weltkrieg

Sonntag, 1. September, ab 11:00 Uhr im Holbornschen Haus, Rote Str. 34, Göttingen (Vgl. Ankündigung auf S. 1)

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Montag, 16. September 2019, 19:00 Uhr im Foyer des Roten Zentrum,

Schwerpunktthema: EU und ihre Außenpolitik nach der Wahl

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Ilyas Cangöz erfragen!

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Freitag, 13. September, 19:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Bovenden Mitgliederversammlung

Mittwoch, 18. September um 18:00 Uhr im La Romantica in Bovenden (Feldtorpassage)

Arbeitskreise

AG Antifa Kennenlernabend

Mittwoch, 11. September, 18:00 Uhr im Foyer des Roten Zentrum.

Veranstaltung:

Workshop Parolen Paroli bieten

Veranstalter: Naturfreunde Göttingen, Motorradclub Kuhle Wampe Göttingen, AG Antifa von DIE LINKE KV Göttingen/ Osterode

Zeit: Samstag 19. Oktober 2019, 10-16 Uhr

Ort: Naturfreundehaus, Naturfreundeweg 1, Göttingen

Weitere Infos zu dieser Veranstaltung siehe Seite 12.

KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 16 - Juli 2019

EDITORIAL

Die ausgerechnet am letzten Schultag anberaumte Kreistagssitzung hatte eine relativ kurze Tagesordnung, über die gleich zu Beginn ein längerer Disput geführt wurde. Für eine Debatte über die Zukunft der Duderstädter Hauptschule sah die Mehrheit keine Dringlichkeit, weswegen diese Angelegenheit nicht mehr auf die Tagesordnung aufgenommen werden konnte. Längst vom Tisch wäre dieses Thema, wenn unser bereits früher erfolgter Vorschlag zur Einrichtung einer IGS in Duderstadt aufgegriffen worden wäre.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 4 – Mitteilungen und Berichte

Unter diesem Tagesordnungspunkt äußerte sich der Landrat ausführlich zur finanziellen Situation des Landkreises und zu Bestrebungen (der CDU), die Kreisumlage zu senken.

Interessant zu wissen, dass der Landkreis zum Ende dieses Jahres über eine Überschussrücklage i.H.v. 32 Millionen Euro verfügen wird. Gut zu wissen auch deshalb, weil jede von uns beantragte Kleinigkeit mit dem Argument der nicht gegebenen Finanzierbarkeit zurückgewiesen wird.

Die Debatte über die Höhe der Kreisumlage erwartet uns dann nach der Sommerpause. Die Argumentation des Landrates, dass der Landkreis aufgrund der extrem unterschiedlichen Steuerkraft der Gemeinden eine Ausgleichsfunktion zu erfüllen habe, erscheint dabei auch für uns plausibel.

TOP 4.1 - Rettermut und Menschlichkeit dürfen nicht im Mittelmeer ertrinken

Die Festnahme der deutschen Kapitänin Rackete veranlasste den Kreistag, sich auf Anregung der FDP eindeutig zu positionieren. Seenot sei eine Situation, in der unmittelbare und ohne fremde Hilfe unabwendbare Gefahr für die Gesundheit oder das Leben von Besatzung oder Passagieren eines Wasserfahrzeugs, z. B. durch Untergang oder andere Havarien, auf See drohe. Rettung von Menschen aus Seenot müsse weiterhin ohne Ausnahme straffrei möglich sein.

TOP 7 – Kostenlose Fahrradmitnahme in Regionalzügen

Der von unserer Gruppe in der letzten Kreistagssitzung eingebrachte Antrag wurde während der Beratung im Fachausschuss zurückgezogen. Hintergrund sind die noch zu führenden Beratungen zur Tarifreform in Südniedersachsen auf der Grundlage des kürzlich erstellten Gutachtens.

Obgleich die kostenlose Fahrradmitnahme in diesem als überaus günstige Verbesserungsmöglichkeit aufgeführt wird, gibt es dennoch Widerstand aus den neoliberalen Parteien. Groß ist die Sorge, dass eine Umsetzung zu chaotischen Verhältnissen in den Zügen führen werden, wie dies ja in Hessen und Thüringen der Fall sein müsste, wo es dieses Tarifmodell bereits gibt.

Wir werden den Vorschlag dementsprechend in die Tarifdebatte einbringen und hoffen, dass eine sachliche Debatte ohne Katastrophenszenarien möglich sein wird.

TOP 8 – Kostenfreies Mittagessen in den Schulen des Landkreises

Was in vielen Ländern, z.B. Schweden, seit vielen Jahrzehnten nicht nur Realität, sondern eine Selbstverständlichkeit ist, wurde von uns auch für die Schulen in unserem Landkreis beantragt. Neben dem üblichen „kein Geld da“ waren diesmal vor allem Ausflüchte zu hören. So müsse eine „bundeseinheitliche Regelung“ erfolgen, es gebe bereits mit dem Bildungs- und Teilhabepaket Unterstützung und „nicht alle Kinder wollen das“, war zu hören.

Hans-Georg Schwedhelm nahm die Argumente für uns gelassen hin; in 5,6... Jahren werde es sowieso Realität sein, wie bei der Abschaffung der Kindergartengebühren, wo es ähnliche Diskussionen gegeben habe.

TOP 27 – Landschaftsschutzgebiet Reinhäuser Wald

Wieder einmal wird ein FFH-Gebiet lediglich als Landschaftsschutzgebiet (LSG) und nicht als Naturschutzgebiet (NSG) ausgewiesen, wobei es diesmal um den Reinhäuser Wald ging. Eckhard Fascher machte sich wieder die Kritik der Naturschutzverbände zu eigen und forderte für unsere Gruppe die Einrichtung eines NSG. Es ist fraglich, ob mit einem LSG überhaupt die EU-Auflagen zum Schutz des Gebiets erfüllt werden können, vor allem weil so eine Verschlechterung des Erhaltungszustands womöglich nicht verhindert werden kann. Leider scheinen die Lobbyinteressen der Forst- und Landwirtschaft hier wichtiger zu sein als der Naturschutz, so dass wir die Vorlage ablehnten.

TOP 28 – Zukunft des alten Bootshauses am Seeburger See

Durch den Bau eines neuen Seehauses am Seeburger See sind aufgrund von Naturschutzauflagen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durchzuführen. Den Vorschlag, diesen durch Abriss des alten Bootshauses nachzukommen, wird von uns abgelehnt, da dieses inzwischen Lebensraum u.a. für Fledermäuse geworden ist. Die Diskussion unseres Antrages wird im Umweltausschuss erfolgen.



Presseerklärung EP-Linksfraktion GUE/NGL vom 18.07.2019

► EP-Linksfraktion künftig mit Doppelspitze

Am gestrigen Mittwochabend verständigte sich die Linksfraktion des Europaparlaments (GUE/NGL) auf ihre Führung für die kommenden zweieinhalb Jahre: Martin Schirdewan (DIE LINKE.) und Manon Aubry (La France Insoumise) werden die Fraktion für die erste Hälfte der Periode leiten. Mit 29 Jahren ist die Französin damit die jüngste Fraktionsvorsitzende, die es bisher im Europaparla-

ment gab. João Ferreira (PCP, Portugal), Marisa Matias (Bloco de Esquerda, Portugal), Sira Rego (Izquierda Unida, Spanien) and Nikolaj Villumsen (Enhedslisten, Dänemark) werden die Vize-Präsident*innenschaften übernehmen.

Martin Schirdewan, neuer Co-Vorsitzender der EP-Linksfraktion, kommentiert die Entscheidung der Abgeordneten:

*„Ich freue mich sehr, mit einem starken Team an einer sozialeren, gerechteren, friedlicheren und ökologisch-nachhaltigeren Europäischen Union zu arbeiten. Wir sind für die nächsten Jahre gut aufgestellt um gegen ein breites, bürgerliches Bündnis als einzige Fraktion konstruktive und vor allem linke Oppositionsarbeit zu leisten. Millionen von Wähler*innen haben uns einen Auftrag gegeben, den wir bereit sind, entschlossen umzusetzen.“*

Manon Aubry, neue Co-Vorsitzende der EP-Linksfraktion, ergänzt: „Die EP-Linksfraktion wird die Stimme der europäischen Gesellschaften gegen die neoliberale Politik sein: Wir werden im Europäischen Parlament für Klima, Steuer- und soziale Gerechtigkeit kämpfen und soziale Bewegungen in ganz Europa unterstützen.“

Kampagne der Bundespartei:

► Keine Entschädigung für die Hohenzollern

Unterschreibe unseren Aufruf!

DIE LINKE wendet sich an den Bundestag und die Landesparlamente von Berlin und Brandenburg und fordert die Abgeordneten auf,

- keine Verfälschung der historischen Realität zuzulassen und die Ablehnung von Entschädigungen mit der unwiderlegbaren Verstrickung der Hohenzollern mit dem Naziregime zu begründen,
- alle Forderungen aus dem ehemaligen Haus Hohenzollern nach Herausgabe von Kunstwerken und Ausstellungsstücken aus den öffentlichen Museen abzulehnen,
- den Erben der Hohenzollern-Dynastie keine Liegenschaften, Grundstücke, Seen oder Wälder zu übertragen, sondern diese in öffentlichem Besitz zu erhalten.

Warum?

Die Erben der Hohenzollern-Dynastie und ihr Sachwalter Georg Friedrich Prinz von Preußen fordern Entschädigungen vom Staat, Kunstwerke, ein Wohnrecht im Schloss Cecilienhof, ein Museum,

das ihm der Staat bezahlt und in dem er mitbestimmt, wie die Geschichte der Hohenzollern interpretiert werden soll. Damit ist eine rote Linie überschritten, die Maßlosigkeit der Forderungen des ehemaligen Königshauses und seiner Sachwalter sind inakzeptabel.

Nicht akzeptabel ist das Wohnrecht in einem der Schlösser Brandenburgs, die heute als Volksschlösser allen gehören. Inakzeptabel wäre das Leerräumen der Kunstsammlungen und Museen in Berlin und Brandenburg. Vollkommen ausgeschlossen erscheint eine Entschädigungszahlung in Millionenhöhe an die Erben des letzten deutschen Kaisers, weil sie der Machtergreifung der Nazis in Deutschland erheblich Vorschub geleistet haben. Am historisch folgenschweren „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933, als sich Hitler und Hindenburg zur Machtergreifung die Hände reichten, stand der Kronprinz der Hohenzollern wie ein Pate in der ersten Reihe.

Wir sind entsetzt darüber, dass es Versuche gibt, diese historische Tatsache klein- oder schönzureden.

Quelle und Unterschrift:
<https://www.die-linke.de/hohenzollern/>

► AG Antifa unseres KV sucht Mitreiter*innen

Wir sind eine kleine antifaschistische Gruppe, die sich gegen Nationalismus, Rassismus, Rechtspopulismus und Nazis engagiert.

Wir wollen uns den aktuellen faschistischen Entwicklungen entgegenstellen, uns vernetzen und Menschen in und um Göttingen für diese Themen sensibilisieren.

Wir haben uns gerade neu zusammengefunden und treffen uns aktuell alle zwei Wochen.

Am **11.09.2019** veranstalten wir einen Einsteiger*innen Abend, zu dem wir Dich herzlich einladen möchten.

Wenn Du Lust hast bei uns mitzumachen oder Dich erst mal informieren möchtest, komm vorbei.

Dafür ist es nicht wichtig, ob Du in der Partei DIE LINKE bist oder nicht.

Wir freuen uns auf ein Kennenlernen bei Snacks und Bier am 11.09.2019, um 18 Uhr im Foyer des Roten Zentrums.

Mit solidarischen Grüßen
AG Antifa der LINKEN. Göttingen/
Osterode

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



► Willkommen zurück!

**Feierliche (Neu-)Eröffnung des Roten Zentrums
Samstag, 21. September 2019, 11-17 Uhr**

Geschafft. Am 1. Juni 2019 konnte das *Rote Zentrum Göttingen* das Erdgeschoss in der Lange-Geismar-Straße 2 erneut beziehen. Die Büroräume für die *Partei Die Linke* und die *WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke* sind eingeräumt. Vor allem der kleine Veranstaltungsraum mit großem Schaufenster zur Straße - das Rote Foyer - wurde von fleißigen Genossinnen und Genossen aufwendig und liebevoll renoviert. Viele PassantInnen und NachbarInnen blieben in den Juniwochen neugierig stehen und erkundigten sich nach dem, was hier neu entsteht.

Fast drei Jahre hatte die unfreiwillige Pause und das Exil verschiedener Nut-

zerlInnengruppen des alten Roten Zentrums angedauert. Seit gut einem Jahr wurde im Hintergrund beraten, um einen Wiederbezug zu ermöglichen. Um die inneren Strukturen zu stabilisieren wurde im September 2018 der Verein „Rotes Zentrum Göttingen“ gegründet; Fördermitglieder wurden zur Finanzierung der Gemeinschaftsflächen gewonnen. Ein Bildungs- und Veranstaltungsprogramm bringt seither Jung und Alt aus den unterschiedlichen Organisationen, Parteien und Initiativen des Roten Zentrums zusammen. Kleine Veranstaltungsformate, die monatlich Bildung mit Begegnung und linker Kultur verbinden: Liedermacher- und Filmabende, ein Bericht zur Stadtteil- und Hausgeschichte, das zünftige Grünkohl-Essen, die Erzählungen von HausbewohnerInnen zu ihren Erfahrungen mit Polizei-Razzien nach den G20-Protesten, die Pläne das Haus in der Zukunft nach dem Modell des Mietshäusersyndikats in Gemeinschaftseigentum zu überführen. Das Rote Zentrum ist lebendig, vielfältig und hat Ambitionen für mehr.



Auch neue Initiativen konnten gewonnen werden. Das *Antifaschistische Bildungszentrum und Archiv Göttingen (ABAG)* dokumentiert rechte Publikationen und Neonaziaktivitäten, wertet diese aus und stellt diese Materialien beispielsweise JournalistInnen, LehrerInnen und einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfü-

**RZ: Veranstaltung
im September**

Wider die faschistische Bedrohung!

**Podiumsdiskussion zum
Rechtsruck in der Gesellschaft
Freitag, 6.9.2019, 19 Uhr,
Rotes Zentrum Göttingen**

Marxistische Schulung, außerparlamentarische Aktionen oder doch innerhalb der Legislative? Die faschistische Gefahr steigt und drückt sich keineswegs nur in AfD oder Nazi-Schlägertruppen aus. Somit stehen Austausch und Zusammenarbeit dagegen auf der Tagesordnung. Wir wollen von unterschiedlichen Ansätzen profitierend eine gemeinsame Strategie gegen den Rechtsruck entwickeln und so voneinander lernen. Auf Initiative des Marxistischen Lesekreis Göttingen diskutieren: ein Vertreter des Vereins zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V.; Jo Bons, IG Metall und die Partei Die Linke; sowie Toto Lyna (DKP) für den Marxistischen Lesekreis.

gung. In Zeiten autoritärer Formierung und offenen Neonaziterrors hat das neue Rote Zentrum damit einen deutlichen antifaschistischen Schwerpunkt.

Am Samstag, den 21. September 2019 wollen wir mit GenossInnen, FreundInnen und NachbarInnen anstoßen. Von **11 bis 14 Uhr** eröffnet die Partei Die Linke ihr Kreisverbands-Büro. Um 14 Uhr begehen alle NutzerInnengruppen gemeinsam die feierliche (Neu-)Eröffnung ihres Roten Zentrums: **Gut gemacht und prost!**



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Aus dem Jugendhilfeausschuss:

► Sofortprogramm für Kinder aus der Groner Landstraße 9 a-c

Im Mai hatte die Fraktion der Göttinger Linke einen Antrag in den Jugendhilfeausschuss eingebracht: ein Sofortprogramm für Kinder aus der Groner Landstraße 9 a-c. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, ein Sofortprogramm zu entwickeln, um den Kindern, die unter unangemessenen Bedingungen in dem Hochhauskomplex Groner Landstr. 9 a-c leben, tagsüber einen Aufenthalt außerhalb der Häuser zu ermöglichen und vorschulische Bildung sicher zu stellen.

Im Rahmen des Konzeptes zur „Gemeinwesen Arbeit und Quartierszentrum im Leineviertel / Gartetalbahnhof“ wird die Situation der Kinder in der Groner Landstraße 9 a-c bereits dargestellt: Fehlende Angebote zur frühkindlichen Bildung; von den Ende Dezember 2018 gemeldeten 93 Kindern in der Groner Landstr. 9 a-c im vorschulischen Alter erhalten ca. 90% der Kinder keine vorschulische Bildung.

Das Konzept wurde sowohl vom Sozial- als auch vom Jugendhilfeausschuss und abschließend vom Rat im Februar zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Wohnverhältnisse in diesem Hochhauskomplex sind durch überbelegte Wohnungen, Vandalismus, Gewalt, Schädlingsbefall und Vermüllung sowie auch durch Drogen- und Alkoholmissbrauch gekennzeichnet und hinlänglich bekannt.

In beiden Ausschüssen wurde die Notlage der Kinder in diesen unzumutbaren Wohnverhältnissen als nicht hinnehmbar angesehen, Konsequenzen folgten dieser Einschätzung allerdings nicht.

Mit dem Antrag sollte erreicht werden, dass den Kindern die Möglichkeit gegeben wird, sich tagsüber in kindgerechter Umgebung aufhalten zu können.

Insbesondere die Kinder, die in diesem oder im nächsten Jahr schulpflichtig werden, bedürfen umgehend einer Betreuung in einer

Kita, um sprachlich wie auch sozial auf den Schulbesuch vorbereitet zu werden. Nur so bekommen sie überhaupt annähernd die Chance auf einen gelingenden Schulstart.

In dem im Mai gestellten Antrag wurde die Verwaltung aufgefordert nach Sofortlösungen zu suchen, um für möglichst alle Kinder aus der Groner Landstr. 9 a-c, aber zwingend für die Vorschulkinder, aushäusige Kinderbetreuung und vorschulische Bildung zu ermöglichen.

Die Lebensbedingungen, unter denen die Kinder in der Groner Landstr. 9 leben, erfordern ein Sofortprogramm, das kreative Übergangslösungen in Betracht ziehen muss.

In der August-Sitzung des Jugendhilfeausschusses wurde nun von den zuständigen Mitarbeiterinnen des Jugendamtes die Arbeit vor Ort ausführlich dargestellt. Einzelfallhilfen sind teilweise installiert; die Mitarbeiterinnen arbeiten dort unter schwierigen Bedingungen und sind sehr bemüht, für die Familien Unterstützung zu leisten.

Kreative Ideen wurden entwickelt, um den berühmten Tropfen auf den heißen Stein zu gießen: Von der mobilen Kita im Wohnwagen, über die Großpflegestelle, Integrations-sprachkurse für Mütter mit Kinderbetreuung und die Einrichtung einer Kleinst-KITA, um damit eine Übergangslösung in dieser Situation zu erreichen. Diese Optionen werden jetzt geprüft, um einer Lösung zugeführt zu werden.

Die Mitarbeiterinnen stellten aber auch den Wunsch vieler Eltern, nach größeren, bezahlbaren Wohnungen dar, (die es in Göttingen nicht gibt), sowie den Wunsch, eine Kita in der Nähe zur Verfügung zu haben. (die nahegelegenen Kindergärten haben lange Wartelisten).

Durch die Mitarbeiterinnen wurde auch auf die Lebenssituation der Kinder im Iduna Zentrum und am Hagenweg aufmerksam gemacht.

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

 Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de
SprecherInnenkreis:

 Thomas Bahrs, Dr. Eckhardt Fascher,
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**

 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de
Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

 Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

 Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 04.09., 19.00 Uhr, Neues
Rathaus, Raum 1118**

 Themenschwerpunkt: Schulpolitik in
Stadt und Landkreis

Vorankündigung:

 23. Oktober: **Konzepte für einen
schnellen Wohnungsneubau**
**WählerInnengemeinschaft
Göttinger Linke
Mitgliederversammlung 2019
Siehe Seite 12**

Die Spitze eines großen Eisberges ist sichtbar geworden, aber der ist ja nicht schnell gewachsen, sondern schwimmt schon lange. Er betrifft Familien mit Kindern, die auf einen Kindergartenplatz warten (trotz Rechtsanspruch) oder die eine bezahlbare Wohnung suchen.

Viele Mitglieder im Jugendhilfeausschuss haben sehr konstruktiv dazu diskutiert. Ob das auch in die nahe Zukunftsplanung der Stadt Göttingen für Kinder und Familien eingeht bleibt abzuwarten. Der Antrag hat eine Debatte ausgelöst und eine Übergangslösung für einige Kinder auf den Weg gebracht. (cs)

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo

September 2019
aktuell

Völlig überteuerte Mieten in den Unterkünften für Geflüchtete stoppen.

Teil 2: Der Antrag wurde im Sozialausschuss beraten

Im Sozialausschuss am 13.8.2019 wurde unser Ratsantrag vom Juli bezüglich der völlig überteuerten Mieten in den Unterkünften für Geflüchtete diskutiert. (siehe auch Ratsinfo vom Juli) Die Verwaltungsvorlage sah dabei so aus, dass sie erstmal zurückrudert und eingesteht, dass die überteuerten Mieten nicht haltbar sind.

Trotzdem werden in der Begründung der Verwaltung weiterhin die Kosten für die Security und sozialpädagogische Betreuung als über die Bewohner*innen abzurechnende Positionen aufgeführt.

Wir hatten in unserem Antrag u.a. auch danach gefragt, wie sich die tatsächlichen Kosten für die Unterbringung zusammensetzen. Wir wüssten nämlich ganz gerne, wo die zugrundeliegenden 144,- Euro eigentlich herkommen. Darauf haben wir leider keine Antwort bekommen. Und selbst wenn diese Summe die tatsächlichen Unterbringungskosten nicht vollständig decken sollte, ist die Kommune nicht verpflichtet, komplett kostendeckend abzurechnen. Herr Gruß und Frau Broistedt wollten uns permanent vom Gegenteil überzeugen, wir kennen aber inzwischen mehrere Kommunen, in denen genau das herausgestellt wurde: der Preis, der den Bewohner*innen in Rechnung gestellt wird ist ein politischer und kein zwangsweise von der Verwaltung bestimmter Preis. Diese Diskussion werden wir noch in einer der nächsten Sozialausschusssitzungen weiterführen, stellte die Verwaltung doch in Aussicht, dass sie demnächst die Satzung bzw. die dort genannten Preise verändern will. Zitat:

- seit Verabschiedung der o.g. Satzung sind die Energiekosten erheblich gestiegen sind und der Aufwand für Betreuung und Sicherheitsdienst hinzugekommen. Die Satzung wird deshalb in Kürze verwaltungsseitig angepasst. Im Ergebnis wird für Selbstzahler/innen künftig eine einheitliche Nutzungsgebühr in allen Gemeinschaftsunterkünften erhoben. Dies erleichtert auch den Umzug innerhalb der Einrichtungen. Selbstzahler/innen werden dann an den tatsächlichen Raumkosten und den Kosten für den Sicherheitsdienst beteiligt, nicht jedoch an den Betreuungskosten, da sie die Betreuung aufgrund der Berufstätigkeit nicht in Anspruch nehmen können. Voraussichtlich ist mit einer Nutzungsgebühr in Höhe von ca. 270 Euro pro Person und Monat zu rechnen.

Diese Ankündigung ist schon mehr als eine Dreistigkeit: Wurde doch gerade erst höchstrichterlich verkündet, dass die Kosten für die Sicherheit nicht auf andere abgewälzt werden kann, versucht die Sozialbehörde genau das zu machen. Verwiesen sei hierbei auf das Urteil des BGH, dass die Kosten für Polizeieinsätze bei Fussballspielen nicht den Vereinen in Rechnung gestellt werden darf.



Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen

Telefon: 0551- 400 2347

**goeLinke-Ratsfraktion@
goettingen.de**

Fraktionsmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr

Mi: 14:00 – 17:00 Uhr

Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Inzwischen wissen wir auch nicht mehr, wem wir in der Sozialbehörde noch glauben sollen: Als wir das Thema auf die Tagesordnung brachten, wies es Frau Broistedt als unwahr zurück. Einen Tag später meldete sich der Abteilungsleiter und musste ganz kleinlaut eingestehen, dass Frau Broistedt nicht richtig informiert wurde. Er räumte ein, dass es 30 Personen beträfe und die falschen Bescheide aber nun rückabgewickelt würden. Wieso jetzt in dieser Stellungnahme nur von 6 Personen die Rede ist, bleibt ein Geheimnis der Sozialbehörde. Auch wissen wir sicher, dass nicht alle, die die überteuerten Mieten von 446 bzw. 270 Euro zahlen sollten, einen Änderungsbescheid bekommen haben. Für die Betroffenen heißt das, dass die Unsicherheit bestehen bleibt nicht doch noch nachträglich zahlen zu müssen.

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Leider war bis zum Redaktionsschluss noch nicht geklärt wo und wann in Göttingen gestreikt wird. Bitte informiert euch über die entsprechenden Medien.

Wir unterstützen den Streik der Fridays-For-Future-Bewegung!



WELTWEITER STREIK

20. SEPTEMBER

UNSERE FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

In den letzten Wochen und Monaten haben wir intensiv mit zahlreichen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zusammengearbeitet um konkrete Forderungen an die Politik aufzustellen. Diesen Folge zu leisten ist notwendig um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und die globale Erwärmung auf unter 1,5° Celsius zu begrenzen.

Die Klimakrise stellt für die Stabilität der Ökosysteme unseres Planeten und für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung dar. Eine ungebremste Erderwärmung ist eine enorme Gefahr für Frieden und Wohlstand weltweit. Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde laut IPCC bereits um circa ein Grad Celsius erwärmt. Es bleibt daher wenig Zeit, den Klimawandel aufzuhalten und so zu verhindern, dass die Kipppunkte im Klimasystem überschritten werden. Tun wir das nicht, werden die verursachten Schäden weit höhere Kosten mit sich bringen als alle Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung der Klimakatastrophe.

EINHALTUNG DER ZIELE DES PARISER ABKOMMENS UND DES 1,5°C-ZIELS

Fridays For Future fordert die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels. **Explizit fordern wir für Deutschland:**

- Nettonull 2035 erreichen
- Kohleausstieg bis 2030
- 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035

Entscheidend für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren. Deshalb fordern wir bis Ende 2019:

- Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger
- 1/4 der Kohlekraft abschalten
- Eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch uns und zukünftigen Generationen entstehen. Laut UBA sind das 180€ pro Tonne CO2.

STREIK FÜRS KLIMA!

Wir streiken bis ihr handelt!

www.fridaysforfuture.de



WählerInnengemeinschaft
Göttinger Linke:

Mitgliederversammlung 2019:

Der SprecherInnenkreis der Göttinger Linke hat auf seiner Sitzung am 14. August den Termin für die diesjährige, satzungsgemäße Mitgliederversammlung auf den auf den **Dienstag, 25. November** festgelegt.

Dieser MV wird er einen Antrag vorlegen, der sich mit der weiteren Arbeit der WählerInnengemeinschaft und der Fraktion beschäftigen wird.

Workshop Parolen Paroli bieten

Veranstalter: Naturfreunde Göttingen, Motorradclub Kuhle Wampe Göttingen, AG Antifa von DIE LINKE KV Göttingen/ Osterode

Zeit: Samstag 19. Oktober 2019, 10-16 Uhr

Ort: Naturfreundehaus, Naturfreundeweg 1, Göttingen

Zunehmend sehen sich sowohl Menschen, denen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird, als auch Unterstützer*innen aus Zivilgesellschaft und Politik fremdenfeindlichen und / oder rechtspopulistischen Bedrohungen ausgesetzt. Diese Anfeindungen kommen dabei nicht nur von Vertreter*innen der extremen Rechten, sondern auch aus der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft. Ratlosigkeit im Umgang ist in der Regel die Reaktion.

Dieser Workshop soll die Ratlosigkeit durchbrechen und die Teilnehmer*innen in ihrer Handlungsfähigkeit stärken.

Argumentationstrainer*innen:
Kristin Harney, Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie (Zentrum Demokratische Bildung, Wolfsburg) und Achim Bröhenhorst, Landespräventionsrat Niedersachsen (Hannover)

Die Teilnehmer*innenzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei und nur nach vorheriger

Anmeldung möglich, bei goettingen@kuhle-wampe.de
Anmeldeschluss: 30.09.2019